

## 16.071 No Billag

---

Herr Präsident,  
Frau Bundespräsidentin,  
Damen und Herren Ständeräte, verehrte Kolleginnen  
und Kollegen,

No Billag ist ein absolutes No go! Dies in dreifacher  
Hinsicht.

- **Ein No go für unser langjähriges bewährtes System des Service Public im elektronischen Medienbereich**

Die SRG leistet mit Ihrer Konzession und ihrem wichtigen Leistungsauftrag einen unverzichtbaren Beitrag für den Ausgleich in dieser vielsprachigen Willensnation Schweiz. Wenn wir die Gebührenfinanzierung abschaffen, dann werden wir diese wichtigen ausgleichenden Beiträge nicht mehr zur Verfügung haben und letztlich den Zusammenhalt des Landes gefährden.

- **Ein No go zweitens auch für die Lokalradios und die regionalen Fernsehen**

Seit Jahren sind die lokalen und regionalen elektronischen Medien ein fester Bestandteil unserer Medienlandschaft. Diese Medien finanzieren sich zu einem nicht zu vernachlässigenden Teil auch über die Gebührenanteile, die an sie ausgeschüttet werden. Diese belaufen sich auf jährlich 54 Mio Franken, was knapp 5% der verteilten Gebühreneinnahmen entspricht. No Billag würde daher auch für diese Medien fatale Auswirkungen haben.

- **Ein No go schliesslich ebenfalls für die Printmedien**

Die Printmedien befinden sich zur Zeit in einer äusserst prekären Lage. Es ist nicht übertrieben von Krisensituation zu sprechen. Die Werbeeinnahmen sind zwischen 2010 und 2015, d.h. innert fünf Jahren, von 1.3 Mia. Franken auf 890 Millionen zurück gegangen. 2016 betrug der Einbruch sage und schreibe 16%! Angesichts dieser Zahlen dürfen wir uns gar nicht vorstellen, was geschehen würde, wenn die SRG sich

in Zukunft ausschliesslich über Werbung finanzierte.  
In Bezug auf Medienvielfalt würde sich die Situation drastisch verschlimmern.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir ein ceterum censeo auszudrücken: Die SRG täte gut daran, die Situation zu beruhigen, indem sie das vermaledeite Joint Venture mit Swisscom und Ringier, diese gemeinsame Werbeplattform Admeira, möglichst bald für alle Printmedien diskriminierungsfrei öffnen würde. Denn auch abstimmungstaktisch wäre es fatal, wenn die Printmedien aus Frust an dieser einseitigen Ausgestaltung, welche die nicht beteiligten Medien weiter finanziell unter enormen zusätzlichen Druck setzt, für No Billag Propaganda machen würden.

Abschliessend sage ich noch einmal: Nein, Nein und nochmals Nein zu dieser unsäglichen No Billag Initiative. Bitte tun Sie das Gleiche und geben Sie unseren Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern damit eine klare Orientierung.